

Sahra Wagenknecht

25. Mai 2023

Dies ist der Newsletter von Sahra Wagenknecht, MdB. Darin informiere ich über meine Aktivitäten und aktuelle politische Themen. Du erhältst jeden Donnerstag eine Aktionsmail.

Westliche Kampffjets für die Ukraine?

Was lange als rote Linie galt, die man aus guten Gründen nicht überschreiten darf, wird nun immer wahrscheinlicher. Auf dem G7-Gipfel am letzten Wochenende stellte US-Präsident Biden der Ukraine die Lieferung von F16-Kampffjets in Aussicht. Genauer: Er will europäischen Ländern die Erlaubnis geben, solche Kampffjets zu liefern. Schon jetzt sollen ukrainische Piloten dafür in Europa ausgebildet werden, [was auch von der Bundesregierung unterstützt wird](#).

In meiner Wochenschau spreche ich über die neue "Kampffjet-Koalition" und warum sie zu einer Verlängerung und Eskalation des Krieges beiträgt - und wer an einem endlosen Krieg ein Interesse haben könnte, solange andere die Kosten und Risiken tragen. Außerdem spreche ich über die Chance, dass der Krieg endlich "eingefroren" wird, über [geleakte Geheimdokumente zu irrsinnigen Plänen des ukrainischen Präsidenten](#) und warum ich denke, dass alle Friedensbemühungen zum Scheitern verurteilt sind, solange der Westen die ukrainische Führung darin bestärkt, ihre Maximalziele für unverhandelbar zu erklären:

Schluss mit der Zerstörung von Wohlstand und Demokratie

„Ein Land kann sich doch nicht so kaputtmachen lassen.“ Bei BILD-TV spreche ich über die Heizungspläne von Habeck und eine grüne Politik, hinter deren moralischer Fassade sich ein Sumpf aus Inkompetenz, Vetternwirtschaft und Arroganz verbirgt, über die Proteste der Klimakleber und warum es überfällig ist, sich einmal anzuschauen, welche Interessen und Geldgeber dahinterstecken, über die Gesundheitspolitik von Lauterbach und den fortgesetzten Kahlschlag bei Kliniken, und warum ich denke, dass es die Demokratie gefährdet, wenn permanent und penetrant gegen die Interessen und Wünsche einer Mehrheit regiert wird:

Scholz muss gegen Kampffjet-Lieferung ein Veto einlegen

Noch vor wenigen Monaten hat Kanzler Scholz die Lieferung von Kampffjets an die Ukraine [kategorisch ausgeschlossen](#). *"Dass es nicht um Kampfflugzeuge geht, habe ich ja sehr früh klargestellt und mache das auch hier..."*

an dieser Haltung hat sich gar nichts geändert und wird sich auch nichts ändern,"[sagte er im Januar im Deutschen Bundestag](#). Inzwischen sieht [Kanzler Scholz in den Kampfjet-Plänen „eine Botschaft“ an Russland und ein "längerfristiges Projekt"](#). Verteidigungsminister Pistorius teilte bereits im Vorfeld des G7-Gipfels mit, dass man dem [Vorstoß zur Bildung einer Kampfjet-Koalition „positiv gegenüberstehe“](#), auch die [Ausbildung ukrainischer Piloten an F-16-Kampfjets will er nach Kräften unterstützen](#). Auf was kann man sich bei dieser Regierung überhaupt noch verlassen, die keinen eigenen Kurs hat, sondern sich ständig vor den Karren der Ukraine und Washingtons spannen lässt - egal welche horrenden Kosten und Risiken damit verbunden sind? Ich finde dieses Säbelrasseln und die immer weitere Eskalation des Konfliktes unverantwortlich! Statt sich immer tiefer in den Stellvertreterkrieg mit der Atommacht Russland hineinziehen zu lassen, sollte die Bundesregierung sich endlich den Friedensinitiativen Brasiliens, Chinas, des Vatikans und der Afrikanischen Union anschließen und gegen die Lieferung westlicher Kampfjets in der NATO ein Veto einlegen.

Für Frieden braucht es Druck von unten

"Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampfjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten? Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte" - diese Warnung aus dem Manifest für Frieden hat nichts an Aktualität verloren. Inzwischen wurde das Manifest von mehr als 800.000 Menschen unterschrieben - das ist ein Riesenerfolg und ich möchte mich dafür herzlich bei allen Unterstützern bedanken! Vielleicht schaffen wir ja noch mehr? Bitte leitet die Petition weiter und spricht mit Freunden und Bekannten darüber. Lasst uns den Druck auf Kanzler Scholz erhöhen, damit die Eskalation der Waffenlieferungen gestoppt wird und die Ampel sich endlich für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen einsetzt! Wir sind mit unserem Protest nicht allein, auch in den USA wächst die Kritik am aktuellen Kurs im Ukraine-Krieg. „Vorsätzliche Provokationen haben zum Russland-Ukraine-Krieg geführt. Genauso lässt sich der Krieg durch zielgerichtete Diplomatie beenden,“ heißt es in einem [interessanten Appell, der von bedeutenden US-Sicherheitsexperten initiiert wurde](#) und der die US-Regierung mit Blick auf die Vorgeschichte des Konflikts dazu aufruft, zur Entspannungspolitik zurückzukehren und zu einer Kraft für den Frieden zu werden.

Studie: Sanktionen treffen die Ärmsten

Nach einer aktuellen Studie des Ifo-Instituts treffen Wirtschaftssanktionen "regelmäßig den Teil der Bevölkerung in den sanktionierten Ländern am stärksten, der in oder nahe der Armut lebt. Dies war in der Vergangenheit vor allem bei US-Sanktionen der Fall."

In vielen der sanktionierten Ländern sinkt die allgemeine Lebenserwartung, die von Frauen stärker als die von Männern. Seit Ende des Kalten Krieges hat die Zahl der verhängten Sanktionen drastisch zugenommen, dabei sind es vor allem "westliche Demokratien", die Sanktionen verhängen - und am häufigsten afrikanische Länder, die sanktioniert werden. Muss man sich da wundern, dass viele Staaten des Südens die westliche Sanktionspolitik als neokoloniales Instrument der Unterdrückung und Ausbeutung ablehnen? Ich finde: Statt immer weitergehende Sanktionen zu verhängen, die auch hierzulande vor allem die Ärmeren treffen, sollte die EU lieber faire Handelsbeziehungen zu anderen Ländern pflegen. Es kann nicht sein, dass die EU - wie es mit dem 11. Sanktionspaket gegen Russland geplant ist - nun auch Sekundärsanktionen gegen Drittstaaten in Betracht zieht, welche klar völkerrechtswidrig sind und arme Länder noch stärker in Mitleidenschaft ziehen würden.